

„Von der Marktwirtschaft zur Planwirtschaft und zurück“

Die Tschechoslowakei/Tschechien im Umbruch

Jana Geršlová

Am Ende der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts kam es zum Umsturz der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa. Das mehr als vierzig Jahre dauernde Experiment der zentral gelenkten Gesellschaft war zu Ende, und der damalige Zustand dieser Länder war kein guter. Bevor man sich aber der Frage der Transformation widmet, muss man sich noch ein wenig der Geschichte widmen – die Tschechoslowakei hat sich im 20. Jahrhundert anders entwickelt als andere spätere Transformationsländer.

Historischer Exkurs – von der Marktwirtschaft zur Planwirtschaft

Die Tschechoslowakei entstand als einer der Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns am 28.10.1918. In der neuen Republik entwickelte sich im Laufe der 1920er Jahre eine gut funktionierende Marktwirtschaft, wobei neben den traditionellen Industrien (vor allem Lebensmittel-, Textil, Glas, Porzellan-, Bijouterie- und Schuhindustrie) zunehmend auch innovative Industriezweige wie beispielsweise Maschinenbau, Elektroindustrie, Chemie eine dominante Rolle spielten. Die Weltwirtschaftskrise in der ersten Hälfte der 1930er Jahre bremste diese positive Entwicklung; bis zum Zweiten Weltkrieg hielt dieser krisenhafte Zustand an. Zwischen 1939 und 1945 war das Land in das deutsche System der „Großraumwirtschaft“ eingegliedert, ebenso wurde das Kriegs-Leistungs-System eingeführt. Die Kriegswirtschaft im Protektorat Böhmen und Mähren war mit der Einführung allgemein verbindlicher fester Preise und einer Kontrolle der Zuteilung von Arbeitskräften mithilfe der Arbeitsämter verbunden, mit einer Lenkung der Löhne, der Steuerung der industriellen Produktion und des Warenverkehrs, mit Pflichtlieferungen und der Regulierung der landwirtschaftlichen Produktion, mit einem Zuteilungssystem bei der Versorgung der Bewohner, der Pflichtmitgliedschaft in den Interessenverbänden der unternehmerischen Gruppen und einer Kontrolle des Außenhandels.

Im Jahre 1945 kam es allmählich und in begrenztem Maße zu einer Wiederherstellung der Marktwirtschaft. Nach der Währungsreform im November 1945 beeinflusste die Nationalisierung den Bergbau, das Hüttenwesen, die Bank- und Versicherungsanstalten und Industriebetriebe mit mehr als 500 Angestellten – die sogenannten Beneš-Dekrete vom 28. November 1945, dem Tag der Gründung der demokratischen Ersten Republik im Jahre 1918.

So entstand ein System der gemischten Wirtschaft mit staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Einheiten. Aufgrund der wachsenden Rolle der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPC̣) in der Republik legte man immer mehr Wert auf die Planungstätigkeit. Im Juli 1947 hatte die tschechoslowakische Regierung einer Teilnahme am Marshallplan zunächst zugestimmt, verzichtete auf Druck aus Moskau jedoch dann auf diese Unterstützung. Im Februar 1948 übernahm in der Tschechoslowakei die KPC̣ die Macht, und kurz danach kam es zu einer zweiten Welle der Nationalisierung. Seit 1949 liquidierte man die Reste der privaten Firmen sowohl in der Industrie, im Handel und im Dienstleistungssektor als auch in der Landwirtschaft (die sogenannte Kollektivierung). Im Jahre 1949 wurde die Tschechoslowakei Mitglied des RGW-Raumes und in der Folge zur „Schmiede“ der RGW-Länder. Im Rahmen des Ersten Fünfjahresplanes (1949-1953) stärkte man die Schwerindustrie, vor allem den Bergbau, das Eisenhüttenwesen, den Maschinenbau und die chemische Industrie. Die zentrale Planung wurde zum Schlüsselinstrument der Koordination der Wirtschaft. Zu den Grundprinzipien des Systems der Leitung der Volkswirtschaft gehörten folgende Aspekte:

- Die Planungstätigkeit wurde bei den sogenannten zentralen Organen konzentriert; die wirtschaftlichen Aufgaben wurden den Betrieben mithilfe detaillierter Planaufgaben in Form von Direktiven zentral vorgegeben. Es gab Zentralorgane der KPC̣ in allen wirtschaftlichen Ebenen, eine spezialisierte Institution – die Staatliche Plankommission – wurde gegründet. Sie bereitet den Plan für die einzelnen Ministerien vor; die entsprechenden Ministerien arbeiteten den Plan für weitere Einheiten aus und diesem Prinzip wurde bis auf die Ebene der konkreten Werkstätten, Betriebe usw. weiter gefolgt.
- Kriterium für einen erfolgreichen Betrieb war die Erfüllung des Planes im Rahmen der zugeteilten materiellen und finanziellen Mittel und Arbeitskräfte.
- Alle freien Finanzmittel der Betriebe flossen in das Staatsbudget und wurden dann mithilfe des Planungszentrums weiter verteilt (unabhängig von den wirtschaftlichen Ergebnissen der Betriebe); der Gewinn der Betriebe war vollkommen unwichtig.
- Die Produktionstätigkeit wurde vom Handel getrennt. Feste Preise wurden vom Staat vorgegeben (unabhängig von der Entwicklung der Nachfrage und des Angebots). Der direkte Kleinhandelsverkauf und der Warenverkauf ins Ausland wurden verboten; der Binnen- und Außenhandel wurde durch spezielle – im Grunde genommen monopolistische – Organisationen gelenkt.

- Die Selbstständigkeit von Betrieben wurde begrenzt auf den ‚sozialistischen Wettbewerb‘ und die Mobilisierung der Quellen für die Erfüllung und ‚Übererfüllung‘ des genehmigten Plans.

Dieses Modell der zentralen Planung und Leitung erlebte einige Reformversuche. Zu den ersten gehörte die sogenannte Rozsypal-Reform im Jahre 1958.¹ Rozsypals Vorschlag zielte auf die Reorganisation und Umgestaltung des Systems der Betriebe und eine Schaffung von sogenannten ‚Produktionswirtschaftlichen Einheiten‘, darüber hinaus auf eine Veränderung der Erstellung der Pläne – diese sollten mit der Möglichkeit einer bestimmten selbstständigen Entscheidung der Betriebe verbunden werden – und den Umbau des Lohn- und Prämiensystems. Im Jahre 1961 wurde diese Reform wieder rückgängig gemacht, nachdem erklärt worden war, dass sie sich nicht bewährt hätte. Die tschechoslowakische Wirtschaft kämpfte Anfang der 1960er Jahre, als der dritte Fünfjahrplan ausgerufen wurde, mit vielen Schwierigkeiten. Die Ursachen der Schwierigkeiten lagen auf mehreren Ebenen: Durch die lange Zeit der extensiven Entwicklung der Wirtschaft kam es zur Ausschöpfung der extensiven Quellen (Rohstoffe, menschliches Potenzial, Finanzen) des wirtschaftlichen Wachstums. Die strukturelle Orientierung der tschechoslowakischen Industrie entsprach nicht den Möglichkeiten des Landes – vor allem wegen der Maschinenbau-Konzeption, die dem Land innerhalb des RGW eine besondere Rolle in dieser Branche zuwies. Damit hing die Tatsache zusammen, dass die Investitionen in die Schwerindustrie die realistischen Möglichkeiten der tschechoslowakischen Wirtschaft überschritten. Negative Auswirkungen hatte auch die internationale Politik (etwa die Karibik- und die Berlin-Krise oder auch Interessen der UdSSR), die sich, vermittelt durch den Außenhandel, in der tschechoslowakischen Wirtschaft widerspiegeln (Karibik-Krise, Berlin-Krise, Interessen der UdSSR). Als weitere die wirtschaftliche Entwicklung negativ beeinflussende Faktoren lassen sich die langsame Anwendung der neuen wissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse bei der Modernisierung der Produktion und auch die ungenügende Zusammenarbeit zwischen den RGW-Ländern nennen, die sich nur auf die gegenseitigen Warenlieferungen beschränkte.

¹ Kurt Rozsypal (*24.9.1916), nach 1945 war er im Staatlichen Planungsinstitut, später in der Staatlichen Planungskommission tätig, 1964-1976 wirkte an der Vysoká škola ekonomická Praha, seit 1965 als ordentlicher Professor für Ökonomie. Er widmete sich den Leitungssystemen in den sozialistischen und später auch den kapitalistischen Ländern. Er lebt in Prag und ist bis heute wissenschaftlich tätig.

Die Entwicklung der 1960er Jahre stand im Zeichen von Reformen und ist eng verbunden mit dem Namen Ota Šik.² Aufgrund der Analysen der sozialistischen Wirtschaft erarbeitete er mit seinen Mitarbeitern, vor allem mit Karel Kouba, Josef Goldmann und Otakar Turek, die Grundzüge einer wirtschaftlichen Reform (das sogenannte „Neue Ökonomische Modell“). Die Ausgangslage war geprägt von der verstaatlichten Produktion, nicht existierenden Marktmechanismen, einer direkten Planung und Verteilung der Produktion, der führenden Rolle der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und ihrem Anspruch auf Lenkung des gesamten gesellschaftlichen Lebens. Hinzu kam die Besetzung der Führungsstellen in allen Institutionen durch die Parteiorgane, die sogenannte Kaderpolitik.

Das Motto der geplanten Reform hat Šik später in einem Buch beschrieben: „Die bisherigen Methoden der Leitung und Organisation der Volkswirtschaft sind überlebt und erfordern dringend Änderungen, d.h. ein ökonomisches Leitungssystem, das eine Wendung zu intensivem Wachstum durchzusetzen vermag.“³

Das hieß also: Bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik musste man von wissenschaftlichen Prognosen ausgehen und die verschiedenen Interessen einzelner Bevölkerungsgruppen respektieren. Dazu sollte es eine allgemeine Diskussion nicht nur unter Ökonomen geben; dies war für Ota Šik wichtig. Ein weiterer Grundzug sollte sein, dass die Planziele nicht mit direktiven Vorgaben festgelegt, sondern die Planerfüllung mithilfe von ökonomischen Anreizen reguliert werden sollte. Den Betrieben sollte dabei einerseits die selbständige ökonomische Entscheidung übertragen werden. Andererseits aber sollten sie dem Druck des Marktes ausgesetzt werden, um Effektivität, Effizienz und Innovationsfähigkeit erreichen zu können. Als nächste Schritte schlug Ota Šik vor, mithilfe des Marktes die strukturellen und preislich-regulatorischen Deformationen zu überwinden sowie die herrschende Monopolisierung abzuschaffen. Im Ergebnis – zuerst für die Mikroebene – bedeutete dies,

² Ota Šik (1919-2004) wurde als Schöpfer der Wirtschaftsreformen des sogenannten Prager Frühlings bekannt. 1961 übernahm Šik die Leitung des Ökonomischen Instituts der Akademie der Wissenschaften, seit 1964 leitete er eine Staats- und Parteikommission für die Wirtschaftsreform und gehörte der staatlichen Plankommission an, unter Alexander Dubček wurde er stellvertretender Ministerpräsident und Koordinator der Wirtschaftsreformen. Im April 1968 war er einer der Autoren des Hauptdokumentes der KPČ, dem Aktionsprogramm, das die Hauptzüge der künftigen Wirtschaftspolitik festlegen sollte. Nach der Niederschlagung des Prager Frühlings emigrierte er in die Schweiz. Im Jahre 1970 wurde er Professor für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Hochschule in St. Gallen, in 1983 bekam er die Schweizer Staatsbürgerschaft. In St. Gallen forschte er weiter der zu einer Art von Verbindung von Plan- und Marktwirtschaft – er bezeichnete sein Modell als den „dritten Weg“.

³ Näher dazu OTA ŠIK: Jarní probuzení – iluze a skutečnost. Příčiny, vznik a konec pražského jara 1968. MF, Praha, 1990, S. 230, Übersetzung JG.

dass schlecht wirtschaftende Betriebe nicht mehr bevorzugt werden sollten. Vielmehr sollten sie die Folgen ihrer schlechten Entscheidungen selbst tragen.

Daran knüpfte die Einführung eines ökonomischen Kreditsystems an. Wichtig war dabei auch die von Šik formulierte Bedingung, keine direkten politischen Eingriffe in die Leitung der Betriebe zuzulassen. Gleichzeitig sollte der Einfluss der Gewerkschaften gesteigert und genossenschaftliche Betriebe sollten mehr unterstützt werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Der Kern dieses ökonomischen Programms bestand darin, dass – im Rahmen eines bestimmten Zeitplans – die Wirtschaft zunehmend zu einer durch ökonomische, marktwirtschaftliche Mechanismen organisierten werden sollte. Nach 1968 wurde die Reform aber allmählich zurückgefahren, und die neue Leitung der KPČ entschied sich für einen anderen Weg, der unter der Bezeichnung der „Normalisierung“ zurück zur zentralen Leitung der Wirtschaft führte. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre, im Zusammenhang mit den Mängeln der administrativ geleiteten und leistungsschwachen Wirtschaft, kam es zu einem weiteren Versuch einer Reform, der allerdings nicht erfolgreichen war und die Probleme der ökonomischen Rückständigkeit der Tschechoslowakei nicht lösen konnte.⁴

Samtene Revolution und Beginn der Transformation

Zum politischen Wechsel des Systems in der Tschechoslowakei kam es im November und Dezember 1989,⁵ wobei die politische und ökonomische Transformation des Landes am Ende des Jahres 1989 eine zwingende Notwendigkeit war. Der Weg von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft war schwierig, das Ziel war dabei klar: Es sollte eine starke und leistungsfähige Wirtschaft aufgebaut werden, die auf dem Niveau der hochentwickelten Staaten Westeuropas, der USA und Japans agieren kann. So klar das Ziel war, der Weg zu diesem Ziel war weithin unklar.⁶ Die wirtschaftliche Transformation warf viele Fragen auf,

⁴ Vgl. KAREL KAPLAN: Sociální souvislosti krizí komunistického režimu v letech 1953-1957 a 1968-1975. Praha, Ústav pro soudobé dějiny AV ČR 1993; JIŘÍ JONÁŠ: Ekonomická transformace v České republice: makroekonomický vývoj a hospodářská politika. Praha, Management Press 1997.

⁵ Der Begriff „samtene Revolution“ oder auch „sanfte Revolution“ stammt daher, dass der Wechsel gewaltfrei und innerhalb von wenigen Wochen verlief.

⁶ Näher dazu JAN ŠVEJNAR: Česká republika a ekonomická transformace ve střední a východní Evropě, Praha 1997; JIŘÍ JONÁŠ: Ekonomická transformace v České republice: makroekonomický vývoj a hospodářská politika, Praha 1997; LUBOMÍR MLČOCH / PAVEL MACHONIN/MILAN SOJKA: Milan, Ekonomické a společenské změny v české společnosti po roce 1989: alternativní pohled, Praha 2000; ZDISLAV ŠULC: Stručné dějiny ekonomických reforem v Československu (České republice) 1945-1995. Brno 1998; VOJTĚCH SPĚVÁČEK: Transformace české ekonomiky: politické, ekonomické a sociální aspekty. Praha 2002; LUBOMÍR MLČOCH: Úvahy o české ekonomické transformaci. Praha 2000. Auf Deutsch: EMIL VORÁČEK: Die Transformation der Wirtschaft in Tschechien und ihre Schattenseiten: Privatisierung, „Untertunnelung“ und

auf die die Ökonomen weder in den ehemaligen sozialistischen Ländern noch in den westlichen Ländern eine Antwort hatten – der Zerfall der totalitären kommunistischen Regime kam unerwartet und schnell.

Die Kernbereiche der Transformation bildeten dabei die Liberalisierung des privaten Sektors und die Herstellung von Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit. Darüber hinaus sollte ein Steuersystem eingeführt werden, das die privaten Investitionen nicht einschränkte und die Vergabe von Krediten ermöglichte. Und schließlich bedurfte es eines allgemeinen Bewusstseinswandels hinsichtlich des Unternehmertums.

Die ökonomische Lage in der Tschechoslowakei unterschied sich dabei von Situation in der DDR, Polen und Ungarn, wobei die Tschechoslowakei einige Startvorteile hatte: Eine relativ gut funktionierende Industrie, hochqualifizierte Arbeitskräfte und vor allem den niedrigsten Grad der Verschuldung unter allen postkommunistischen Ländern. Zu dieser durchaus positiven Ausgangssituation gehörten auch die niedrige Inflation (1-2 %), die Vollbeschäftigung, eine leistungsstarke Landwirtschaft und die daraus resultierende relativ gute Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern des täglichen Bedarfs. Negative Einflüsse kamen dagegen eher von außen als von innen. Hier wirkte sich insbesondere der Zerfall des RGW im Jahr 1991 aus – in der Folge verlor die Tschechoslowakei die Anbindung an die wenig anspruchsvollen Märkte. Und durch die Wiedervereinigung Deutschlands wurden der Warenaustausch und der Austausch von Dienstleistungen zwischen den beiden vormals vergleichsweise hochentwickelten Staaten DDR und Tschechoslowakei eingeschränkt.

Im Inneren stellte die politische Zersplitterung das größte Problem dar, auch die langwierige Diskussion um die Gestaltung der Transformation führte hier eher zu Konflikten als zum Ausgleich. Sehr negativ wirkte sich auch die Teilung der Republik aus – am 1. Januar 1993 entstanden die Tschechische und die Slowakische Republik.⁷ Die Wurzeln dieser Trennung sind historisch bedingt und liegen dementsprechend tief.

Korruption. Forum, Berliner Osteuropa Info, Nr. 11, 1998, S. 28-34.

⁷ Nicht nur das politische System und die Wirtschaft mussten transformiert werden. Nach dem Zerfall der tschechoslowakischen Föderation im Jahre 1992 war das Land auch mit dem Problem der Nationalstaatsbildung konfrontiert. Die ersten Gesetze zur Bildung eines pluralistischen politischen Systems wurden Anfang 1990 noch von der Föderalversammlung verabschiedet. Der Dissident Václav Havel wurde am 20. Dezember 1989 zum tschechoslowakischen Staatspräsidenten gewählt. Nach der Entstehung der Tschechischen Republik wurde er zum ersten tschechischen Präsidenten gewählt.

Tschechen und Slowaken – von der „Hochzeit“ 1918 bis zur „Scheidung“ 1992

Die Beziehungen zwischen Tschechen und Slowaken wurden im 20. Jahrhundert durch viele Ereignisse beeinflusst.⁸ Die Tschechoslowakei entstand im Jahr 1918 aus Gebieten beider Teile der österreichisch-ungarischen Donaumonarchie. Die in Österreich-Ungarn herrschenden Unterschiede zwischen Cisleithanien und Transleithanien⁹ fanden sich jetzt in einer ähnlichen Form in der Tschechoslowakei wieder. Die Länder der böhmischen Krone (Böhmen, Mähren, Schlesien) wiesen dabei in vielen Bereichen einen höheren Entwicklungsgrad auf: In der Urbanisierung, der industriellen Entwicklung und der Intensität der landwirtschaftlichen Produktion, in der Dichte des Handels- und Verkehrsnetzes, im relativ guten Zustand des Bankwesens und im breiten Angebot von verschiedensten Dienstleistungen. Hinzu kam eine günstige Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte, auch die Tradition der kunstfertigen Handarbeit, gute unternehmerische Aktivitäten oder auch ein breites Interesse der Bürger für das politische Leben, die Selbstverwaltung, die Gewerkschaftsbewegung, für die Kollektivwirtschaft sowie für die Verbands- und Bildungsarbeit. Das slowakische Volk war – im Vergleich zu den Tschechen und auch zur deutschen Population in den böhmischen Ländern – mit Blick auf die Klassen- und die Sozialstruktur weitaus homogener; insbesondere in den nördlichen Berglandschaften lebten viele Bauernfamilien. Bis 1914 wanderte fast ein Drittel der Slowaken aus ökonomischen Gründen in die USA und andere Länder, etwa Ungarn oder Österreich, aus. Die Gründung des gemeinsamen Staates brachte den Slowaken in vielerlei Hinsicht Vorteile im politischen, nationalen und kulturellen Leben. Auf diese Weise entstand eine ‚Schutzmauer‘ gegen die sogenannte Hungarisierungspolitik, auch kam es zur Renaissance der slowakischen Sprache. Die Bevölkerung begann zu wachsen, die soziale Gesetzgebung und das Schulwesen wurden reformiert. Vorteilhaft für die slowakische Landwirtschaft war die Schwächung der ungarischen Konkurrenz und der Absatz eines Teils der Produktion in den böhmischen

⁸ Näher auch JANA GERŠLOVÁ / VÁCLAV PRŮCHA: Die Beziehungen von Tschechen und Slowaken im 20. Jahrhundert. In: Europa und seine Konflikte, Pankower Vorträge, Heft 49. Berlin 2003, S. 25-33.

⁹ Nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich 1867 wurden die Länder der österreichischen Reichshälfte (Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark, Kärnten, Krain, Küstenland, Salzburg, Tirol und Vorarlberg, Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien und Lodomerien, Bukowina sowie Dalmatien) als die „im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“ bzw. kurz als „Cisleithanien“ bezeichnet. Im Gegensatz dazu verstand man unter „Transleithanien“ die Länder der ungarischen Krone (das historische Königreich Ungarn samt Kroatien und Slawonien sowie die Freistadt Fiume). Wörtlich bedeuten diese inoffiziellen Bezeichnungen „die Länder diesseits“ bzw. „jenseits der Leitha“, des historischen Grenzflusses zwischen Österreich und Ungarn. Siehe: <http://text.habsburger.net/glossar/cisleithanien-2013-transleithanien> (letzter Zugriff 5.7.2011).

Ländern. Im Bereich der industriellen Entwicklung brachte die erste Hälfte der 1920er Jahre dagegen neue wirtschaftliche Probleme mit sich. Die Anpassung an die Situation gestaltete sich in der Slowakei überaus schwierig, zudem war die Konkurrenz der böhmischen Produzenten groß. Zusätzlich lag die Slowakei sehr weit von den wichtigsten Binnen- und Auslandsmärkten entfernt. Die daraus resultierenden Unterschiede im sozial-ökonomischen Niveau und in der Struktur der westlichen und östlichen Teile der Republik komplizierten den Integrationsprozess. Zu den Begleiterscheinungen gehörten auch die wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen, die mit dem Abbau von Teilen der slowakischen Industrie, vor allem im östlichen Teil der Slowakei, verbunden waren. Im Laufe der 1920er und Anfang der 1930er Jahre zeigte sich dann aber eine positive Entwicklung. Der Staat investierte in den Ausbau der Rüstungsindustrie und auch in die Infrastruktur; die Produktionsexpansion etwa des Bata-Konzerns in der Slowakei sorgte für ein Wirtschaftswachstum. Es entstanden mehrere Kooperationen mit böhmischen Unternehmen, zudem trat eine junge und gebildete Gruppe Slowaken in das Berufsleben ein; damals entstanden auch die Programme der wirtschaftlichen und sozialen Förderung der Slowakei. Am Ende der 1920er Jahre, also nach etwa zehn Jahren der Integration, war die Perspektive der Slowakei durchaus positiv – eine Entwicklung, die durch die Folgen der Weltwirtschaftskrise unterbrochen wurde.

Bei der Entstehung der Tschechoslowakei setzte sich die Ansicht eines tschechoslowakischen Volkes mit den zwei Linien durch (Tschechoslowakismus), das zwei verwandte Sprachen hat. Zuerst waren damit auch die slowakischen Politiker einverstanden. Viele Tschechen, aber auch eine kleine Gruppe von slowakischen Politikern, vertraten diese Ein-Volk-Doktrin bis zum Zweiten Weltkrieg. Im Großen und Ganzen verstärkte sich in der Slowakei die Abkehr von dieser Konzeption aber mit dem Heranwachsen einer qualifizierten und national bewussten jungen Generation von Slowaken. Denn gerade diese Leute brachten die entsprechenden Fähigkeiten und Kenntnisse mit, verschiedenste Funktionen zu übernehmen und auch eine slowakische Kultur zu entwickeln.

Nach dem im September 1938 geschlossenen Münchner Abkommen wurde Mitte März 1939 unter deutschem Diktat der slowakische Staat ausgerufen, nach der Besetzung der tschechischen Gebiete durch die Wehrmacht entstand das Protektorat Böhmen und Mähren. Der Gründung eines selbstständigen slowakischen Staates folgte die Vertreibung der Mehrheit der Tschechen aus der Slowakei. Und gerade diese Vertreibung hatte eine überaus negative Wirkung auf die Beziehungen zwischen den Tschechen und Slowaken – verstärkt durch die Tatsache, dass der vollständige politische Hintergrund der Ereignisse damals noch nicht bekannt war. In ökonomischer Hinsicht kam es zu einer sechsjährigen Unterbrechung

des Integrationsprozesses zwischen der Slowakei und den böhmischen Ländern, zur absichtlichen Desintegration. Die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen dem Protektorat und dem böhmischen Grenzland wurden geschwächt, ebenso zwischen der Slowakischen Republik und dem von Ungarn annektierten Südgebiet. Diese Desintegration verlief unter den spezifischen Bedingungen der Militarisierung und Germanisierung, der deutschen Ausbeutung sowie der Eingliederung des Protektorats und auch der Slowakei in das System der deutschen Kriegswirtschaft. In der Slowakei war die Abhängigkeit von Deutschland bei formeller Selbstständigkeit dennoch geringer als in den böhmischen Ländern. Die Slowakei wurde mit Ausnahme des westlichen Grenzgebiets erst 1944 durch die Wehrmacht besetzt, bewahrte ein selbstständiges Zollgebiet und die Versorgung war dort günstiger als im Protektorat. Die Entfremdung zwischen Tschechen und Slowaken, die aus den Ereignissen der Jahre 1938 und 1939 herrührte, konnte aber während des Krieges zum größten Teil überwunden werden. So entstanden günstige Voraussetzungen für die Erneuerung des gemeinsamen Staates im Jahre 1945.

Nach der Befreiung der Tschechoslowakei wurden zuerst die schwersten wirtschaftlichen Schäden beseitigt, auch eine Bodenreform wurde umgesetzt. Einen wichtigen Bestandteil des Zweijahrplanes (1947/48) bildete die Industrialisierung der Slowakei, die als unerlässlicher Bestandteil der langfristigen ökonomischen und sozialen Angleichung der Slowakei an das Niveau der böhmischen Länder gesehen wurde. Gleichzeitig erschien sie als ein sicherer Weg zur Lösung der nationalen Frage – man wollte eine tatsächliche, nicht eine nur deklarierte Gleichberechtigung erlangen. Das höhere Tempo der Entwicklung der Slowakei gegenüber den böhmischen Ländern war Bestandteil aller folgenden volkswirtschaftlichen Pläne bis zum Anfang der 1980er Jahre, wobei immer wieder die effektivere Ausnutzung des schon vorhandenen Potenzials der slowakischen Wirtschaft betont wurde. Das System der direktiven Planung und Leitung mit der zentralen Allokation der Quellen sicherte – bei allen Mängeln – die Mittel für die Realisierung dieses Ziels. Davon zeugte sowohl die im Vergleich zu den böhmischen Ländern ständig zunehmende Dynamik des wirtschaftlichen Wachstums in der Slowakei als auch der überproportionale Anteil der Slowakei am Gesamtvolumen der Investitionen. Für die Dislokation der neu gebauten Kapazitäten in der Slowakei waren neben politischen noch weitere Momente ausschlaggebend, grenzte die Slowakei doch an die Länder, auf die sich der tschechoslowakische Außenhandel konzentrierte. Auch war der Zuwachs an Arbeitskräften höher als in den böhmischen Ländern. Militärisch-strategisch gesehen war in der Periode des Kalten Krieges die Dislokation der neuen industriellen Kapazitäten in der Slowakei zweckmäßiger. Die

böhmischen Länder gewährten der Slowakei nicht nur Hilfe durch die Lieferung von Investitionsgütern, Maschinen, Brennstoffen und Energie, sondern auch durch die Ausbildung von Arbeitskräften.¹⁰

In der Zeit des Sozialismus existierte aber auch eine ganze Reihe von störenden Elementen in den Beziehungen zwischen Tschechen und Slowaken. Schon die Ergebnisse der ersten Nachkriegswahlen im Jahr 1946 zeigten, dass die politischen Kräfte in der Slowakei anders zusammengesetzt waren als in den böhmischen Ländern: In der Slowakei siegte die rechtsorientierte Demokratische Partei, in den böhmischen Ländern war es die Linke mit der KPČ an der Spitze. Entsprechend dem Ergebnis für die gesamte Tschechoslowakei siegte aber die Linke, was noch vor 1948 die weitere politische Entwicklung beeinflusste. Nach 1948 wurden in der Slowakei die Prager Prozesse gegen die Spitzenfunktionäre der Kommunistischen Partei sehr negativ bewertet – es waren viele Politiker betroffen, die im Zweiten Weltkrieg Teilnehmer des Widerstandkampfes in der Slowakei und auch im Ausland gewesen waren. Die Kollektivierung der Landwirtschaft verlief in der Slowakei konfliktreicher und der Widerstand war hier größer – vor allem in den bergigen Gebieten konnte man nur schwer zu einer Großproduktion übergehen.

Der Druck in Richtung Vergesellschaftung nahm in einigen Regionen der Slowakei schärfere Formen an. Zu den weiteren, das Zusammenleben von Tschechen und Slowaken erschwerenden Problemen gehörte die allmähliche Einschränkung der Kompetenzen der slowakischen Nationalorgane, selbst innerhalb der Kommunistischen Partei wurde deren Einfluss zurückgedrängt. In der Leitung der Wirtschaft verfolgte man verschiedene Strategien, ebenso bei der Föderalisierung des Staates im Jahr 1968 wie auch in den Jahren 1989 bis 1992: Die tschechische Seite forcierte eine Stärkung der Kompetenzen der föderativen tschechoslowakischen Organe, die slowakische Seite favorisierte dagegen die Stärkung der nationalen slowakischen Organe. Die in dieser Zeit entwickelte föderative Struktur der Tschechoslowakei war ohne Frage ein wichtiger Schritt. In den 1980er Jahren verminderte sich das Wirtschaftswachstum der Tschechoslowakei deutlich, was sich auch auf den relativen Wohlstand der Bevölkerung auswirkte. In den tschechischen Fachkreisen und im kleineren Maße auch in der tschechischen Öffentlichkeit entstand aufgrund dieser Tatsache eine Stimmung gegen die Fortsetzung des Mitteltransfers in Richtung Slowakei. Die

¹⁰ Schon Anfang der 1960er Jahre erlangte die Slowakei eine solche Intensität der industriellen Beschäftigung (103 Beschäftigte auf 1000 Einwohner), wie sie für die gesamte Tschechoslowakei vor dem Zweiten Weltkrieg charakteristisch war. Näher dazu ĽUBOMÍR LIPTÁK: Slovensko v 20. storočí, 2. Auflage, Bratislava 2000; auch VÁCLAV PRŮCHA: Zmírňování rozdílů v ekonomické úrovni mezi Slovenskem a českými zeměmi v letech 1948-1967. In: Česko-slovenská historická ročenka, 1998, S. 173-175.

Stagnationstendenzen beeinflussten zudem die slowakischen Einwohner negativ, wenngleich in Meinungsumfragen bei den Slowaken im Vergleich zu den Tschechen noch immer ein höherer Grad der Zufriedenheit mit der ökonomischen und sozialen Situation festgestellt wurde.

Tabelle 1 **Staatshaushalt in den Jahren 1990 – 1992 (Mio. Kronen)**

	Föederal	ČR	SR	ČSFR*
1990				
Erträge	92017	127800	76378	296195
Ausgaben	88002	127568	76846	292416
Bilanzen	4015	232	-468	3779
1991				
Erträge	124034	156412	108902	389348
Ausgaben	117645	170029	119130	406804
Bilanzen	6389	-13617	-10228	-17456
1992				
Erträge	119015	217693	115190	451898
Ausgaben	126015	219390	123123	468528
Bilanzen	-7000	-1697	-7933	-16630

Anm.: * ČSFR – gesamtstaatlich, föederal + tschechisch + slowakisch

Quelle: LIBOR ŽÍDEK: Transformace české ekonomiky. 1989-2004. Praha, C. H. Beck, 2006, S. 71.

Bei den Ereignissen nach dem 17. November 1989 standen die tschechischen und slowakischen Bedürfnisse im Einklang miteinander. Ein Journalist schrieb damals aus Bratislava, dass die slowakische Metropole „noch nie so tschechoslowakisch war wie jetzt“.¹¹ Es entstanden ähnliche Bewegungen: in der Tschechischen Republik das „Občanské fórum“ (Bürgerforum) und in der Slowakei die Vereinigung „Verejnost’ proti násiliu“ (Öffentlichkeit gegen Gewalt). Es kam zu einer engen Zusammenarbeit zwischen den beiden Bewegungen

¹¹ JIŘÍ SUK: Občanské fórum. Listopad-prosinec 1989. 1. Události. Praha, Ústav pro soudobé dějiny AV ČR und Brno 1997; JIŘÍ SUK: Labyrintem revoluce. Aktéři, zápletky a křižovatky jedné politické krize (od listopadu 1989 do června 1990), Praha 2003.

und ein halbes Jahr später gingen sie als Sieger aus den ersten freien Wahlen hervor. Die weitere Entwicklung nach dem November 1989 zeigte aber, dass die Welle des Nationalismus auch die Tschechoslowakei überspülte, ebenso wie andere postkommunistische Länder. In der Slowakei und noch mehr unter den Slowaken, die in Übersee – vor allem in den USA – lebten, begann eine nationalistische Offensive der Nachgeborenen des slowakischen klerikalen Diktatorenregimes der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Auch unter den Tschechen in Mähren, von denen die Mehrheit den Nationalismus in der traditionellen Form ablehnte, entstand eine Bewegung für Autonomie und Anerkennung der mährischen Nationalität – verbunden mit dem Vorschlag, die Doppelföderation in eine Dreierföderation umzuwandeln. In der Slowakei gründete sich die Slowakische Nationalpartei, deren Programm bald einen von der Gesellschaft geteilten Anspruch auf eine Selbstständigkeit des slowakischen Staates postulierte. In den ersten Wochen nach dem 17. November 1989 schien das weitere Zusammenleben der Tschechen und Slowaken nicht infrage gestellt. Doch schon im Frühjahr 1990 begann die Diskussion über die administrative Umgestaltung des Staates, die schließlich in die staatsrechtliche Krise des Jahres 1992 mündete. Nur noch auf außenpolitischem und außenwirtschaftlichem Gebiet wurde gemeinsam vorgegangen. Nach den Wahlen 1990 zersplitterten die beiden Bewegungen in viele kleinere Parteien, die das Spektrum von links bis rechts nahezu vollständig abdeckten. Stärkste Partei nach der Spaltung blieb in der Slowakei die rechtsorientierte „Občanská demokratická strana“ (Bürgerliche Demokratische Partei) und die „Hnutie za demokratické Slovensko“ (Bewegung für die demokratische Slowakei). Nach den Wahlen 1992 vereinbarten die Vorsitzenden von beiden siegreichen Parteien, Václav Klaus und Vladimír Mečiar, die Aufteilung der Tschechoslowakei. Klaus akzeptierte dabei den Vorschlag Mečiar einer Konföderation beider Republiken nicht, Mečiar hingegen lehnte die Föderation in der damaligen Form ab. Den Vorschlag, ein Referendum zu dieser Frage zu organisieren, genehmigte das Parlament nicht. So entschieden die Vertreter von Parteien, die in keiner von beiden Republiken die Mehrheit der Stimmen hatten. Die Meinungsumfrage im Herbst 1992 zeigte, dass nur 21 % der Tschechen und 18 % der Slowaken für die Aufteilung des Staates votierten. Gleichzeitig führten die Befragten an, dass die Politiker die Demontage des gemeinsamen Staates schon so weit gebracht hätten, dass sie sich nicht mehr verhindern lasse¹² Hinzu kamen die Folgen der wirtschaftlichen Reformmaßnahmen der liberalen Ökonomen um Václav Klaus, die die Slowakei mehr als die Tschechische Republik

¹² In den Stellungnahmen der neuen politischen Eliten gab es sehr viel Ungeschicklichkeiten und Irrtümer.

belasteten. In der Slowakei sank die Produktion, gleichzeitig stieg die Arbeitslosigkeit, und dies weitaus stärker als im tschechischen Teil. Auch begründete Prag die Liquidation der traditionellen Rüstungsindustrie, die vor allem in der Slowakei lag, nicht nur mit ökonomischen, sondern auch mit humanistischen Argumenten. Das Gesetz über die Restitutionsen in der Landwirtschaft, das auch die Liquidation der Großwirtschaften nach sich zog, hatte in der agrarisch geprägten Slowakei weiter reichende Folgen als in der Tschechischen Republik. Die Folgen der wirtschaftspolitischen Maßnahmen und die ökonomische Transformation vertieften die Schwierigkeiten der ökonomischen und sozialen Entwicklung der Slowakei.

Die Trennung des Staates in der Nacht vom 31. Dezember 1992 zum 1. Januar 1993 verlief friedlich und der Großteil der eigentumsrechtlichen Probleme, die mit der Entstehung von zwei neuen Republiken verbunden waren, war bis zu diesem Zeitpunkt gelöst. Die Lösung der verbleibenden, vor allem der finanziellen Fragen, zog sich bis 2000 hin. Damit war die Trennung komplett vollzogen. Betont werden muss, dass die Trennung der Tschechoslowakei im Vergleich zur Trennung anderer Nationalitäten und zum Zerfall anderer Staaten weitgehend konfliktfrei verlief. Die national bedingten Emotionen haben sich inzwischen abgekühlt, die Zusammenarbeit hat in den letzten Jahren immer mehr zugenommen und mit dem Beitritt beider Länder zur EU kam es zu einer neuen Qualität der Beziehungen.

Transformation

Die Tschechoslowakei und die spätere Tschechische Republik realisierte die Transformation in mehreren Schritten im Rahmen eines überaus umfassenden Prozesses. Jedes Land musste einen optimalen Weg finden, und wie auch in anderen Staaten war es notwendig, eine Konzeption der Reform festzulegen:

- Die Regierung musste Geld- und Warenkreisläufe ins Gleichgewicht bringen (makroökonomische Stabilisierung).
- Hinzu kam die Einführung von Marktpreisen, also die Freigabe der bisher administrativ festgelegten Preise im Inneren und für den Außenhandel – die sogenannte Preisliberalisierung und die Einführung der Währungskonvertibilität.
- Drittens war die Privatisierung der Staatsbetriebe durchzuführen.
- Viertens war eine Steuerreform nötig.
- Und schließlich, fünftens, mussten Institutionen etabliert werden, die für das Funktionieren von Märkten notwendig sind.

Das Jahr 1991 begann mit der plötzlichen Freigabe von 86 % der Preise für den Binnenmarkt („Liberalisierungsschock“). Eine zusätzliche Steuer auf das Lohnwachstum sollte den Lohnanstieg bremsen. Gleichzeitig wurde die Tschechische Krone, die zum wiederholten Male abgewertet worden war, konvertibel und der Außenhandel stark liberalisiert. Im Ergebnis dieser Maßnahmen sanken Produktion und Reallöhne – letztere 1990 um 5 % und 1991 um 26 %. Insbesondere die Sparguthaben der Bevölkerung traf diese Entwicklung hart, da deren Verzinsung wesentlich geringer war als die Inflationsrate.

Tabelle 2 **Zahl der Banken in der ČR (Ende des Jahres)**

Banken	1990	1991	1992
Insgesamt	9	24	37
Großbanken	5	6	6
Kleine Banken	4	14	19
Auslandsbanken	-	4	8
Zweigstellen der Auslandsbanken	-	-	3
Spezialisierte Banken	-	-	1

Quelle: LIBOR ŽÍDEK: Transformace české ekonomiky. 1989-2004. Praha 2006, S. 206.

Durch den Druck auf die Betriebe, wirtschaftlich zu arbeiten, entstand erstmals Arbeitslosigkeit. Bezogen auf die gesamte Tschechoslowakei stieg die Erwerbslosenrate anfangs nur langsam, in der Slowakei entwickelte sie sich dagegen deutlich schneller. 1992 war die Arbeitslosigkeit im slowakischen Landesteil durchschnittlich viermal so hoch wie in Tschechien. In der Slowakei waren 65 % der staatlichen Rüstungsgüter produziert worden. Und diese Produktion brach ein, als sich die Nachfrage verminderte und prominente tschechische Politiker sich für den Rückbau dieses Sektors stark machten. Zudem flossen in der ersten Zeit wesentlich weniger ausländische Direktinvestitionen in die slowakische Teilrepublik. 1991 verminderte sich auch der Handel mit den anderen osteuropäischen Ländern drastisch. Der Außenhandel der Tschechoslowakei und später Tschechiens orientierte sich jedoch relativ schnell auf die westlichen Industriestaaten um. Bereits 1995 wurden über 60 % des Außenhandels mit den Ländern der Europäischen Union abgewickelt. Darunter war Deutschland der wichtigste Handelspartner.¹³

¹³ DIETER SEGERT: Wirtschaft in der Transformation. In: Informationen zur politischen Bildung. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung 2002. Näher dazu: http://www.bpb.de/publikationen/9N78Z7,0,Wirtschaft_in_der_Transformation.html.

Tabelle 3 Territorialstruktur des Außenhandels der ČR (in %)

	Staaten mit Marktwirtschaft	Davon EU	Entwicklungsländer	Europäische Transformationsländer gesamt Russland	
Import					
1989	27,8	14,9	12,2	60,0	
1990	47,3	31,9	7,6	40,1	
1993	60,1	38,3	5,0	34,2	
2000	71,9	62,0	4,6	23,5	
Export					
1989	29,9	14,3	13,9	56,5	
1990	43,6	31,3	10,9	40,8	
1993	55,4	41,4	8,5	33,8	
2000	74,8	68,5	3,8	21,4	

Quelle: VLADIMÍR TOMŠÍK: Zahraniční obchod a vnější ekonomická rovnováha ČR. In: VOJTĚCH SPĚVÁČEK et al.: Transformace české ekonomiky: politické, ekonomické a sociální aspekty. Praha 2002, S. 213.

Für die Transformationsschritte war auch die Gesetzgebung entscheidend. Viele Gesetze sind unter Zeitdruck verabschiedet worden, obwohl sie noch ‚unreif‘ waren. Eine ganze Reihe von wichtigen Gesetzen, die den legislativen Rahmen der ökonomischen Transformation absteckten, hatte deutliche Schwachstellen.¹⁴ Dies trifft auch für die Gesetze über die Privatisierung zu.

Privatisierung

Transformation kann in verschiedenen Varianten stattfinden, wobei das Tempo der Privatisierung von erheblicher Bedeutung ist. Den kurzen Weg stellt die schnelle Privatisierung dar, die sogenannte Schockprivatisierung: Die Regierungen realisiert so

¹⁴ EMIL VORÁČEK: Die Transformation der Wirtschaft in Tschechien und ihre Schattenseiten: Privatisierung, „Untertunnelung“ und Korruption. In: Forum. Berliner Osteuropa Info. Nr. 11, 2006.

schnell wie möglich eine Änderung vor allem der rechtlichen Rahmenbedingungen. Damit beseitigt man die erstrangige Verteilung des gesellschaftlichen Kapitals (staatlich und genossenschaftlich). Der Ansatz des langen Weges geht hingegen davon aus, dass die Privatisierung eines langen, sich über mehrere Jahrzehnte hinziehenden Prozesses bedürfe. Der private Sektor entsteht allmählich durch die Teilprivatisierung der staatlichen Unternehmen, die durch Restrukturierung und mit traditionellen Privatisierungsmethoden umgewandelt werden.¹⁵

Wichtige Bestandteile der Privatisierung in der Tschechoslowakei bzw. nach dem 1. Januar 1993 in der Tschechischen Republik waren die Rückgabe von Eigentum an die ursprünglichen Eigentümer bzw. an deren Erben, der Verkauf von Eigentum an einheimische oder ausländische Investoren über öffentliche Versteigerungen oder Makler, der direkte Verkauf an ausgewählte Investoren und die Umgestaltung der großen Staatsbetriebe in Aktiengesellschaften. Deren Aktien wurden im Rahmen der Kuponprivatisierung verkauft oder unentgeltlich Gemeinden, Pensionsfonds und anderen juristischen Personen überschrieben.¹⁶ Die entscheidenden Gesetze über die Restitution und Privatisierung wurden von der Föderalversammlung der ČSFR in den Jahren 1990 und 1991 verabschiedet. Der Privatisierungsprozess wurde im Unterschied zur Mehrheit der ostmitteleuropäischen Länder mit der Restitution und der sogenannten kleinen Privatisierung eingeleitet. Diese kleine Privatisierung (Gesetz Nr. 427/1990, 1.12.1990) erlaubte es, Eigentum bis zum Wert von 300 Millionen Kronen (ca. 16,6 Mio. DM) zu übertragen. Privatisiert wurden vor allem kleine Dienstleistungsbetriebe, die bei öffentlichen Auktionen veräußert wurden. In dieser ersten Runde waren ausländische Kapitalanleger ausgeschlossen.

Die Bedingungen für die Privatisierung der mittelgroßen und großen Staatsbetriebe wurden hauptsächlich durch das Gesetz Nr. 92/1991 Sb. vom Februar 1991 festgelegt. Große Staatsbetriebe wurden klassifiziert und die Mehrheit wurde stufenweise in Aktiengesellschaften umgewandelt. Die Privatisierung in der Tschechischen Republik verlief gerade angesichts der Komplexität eines solchen Prozesses sehr schnell.¹⁷

Ein Spezifikum der tschechoslowakischen und dann auch der tschechischen Transformation war die sogenannte Kuponprivatisierung. Ab dem 1. Oktober 1991 wurden Kupons in Form von Kuponheften zu je 1000 Investitionspunkten gegen eine Verwaltungsgebühr von 1.000

¹⁵ OLDŘICH KRÁLÍK: Transformace české (československé) ekonomiky. Brno 1999; auch LUBOMÍR MLČOCH: Zastřená vize ekonomické transformace. Praha 1997.

¹⁶ Näher Zpráva o lidském rozvoji. Česká republika 1997. Praha, Sociologický ústav AV ČR 1997, S. 15.

¹⁷ EMIL VORÁČEK: Die Transformation der Wirtschaft in Tschechien und ihre Schattenseiten: Privatisierung, „Untertunnelung“ und Korruption. In: Forum. Berliner Osteuropa Info. Nr. 11, 2006.

Kčs an interessierte Personen ausgegeben. Diese Investitionspunkte waren für den Kauf von Aktien der zur Veräußerung ausgeschriebenen Unternehmen bestimmt, wobei die Nachfrage nach bestimmten Aktien dann deren Wert in Investitionspunkten bestimmte. Der Umtausch von Investitionspunkten in Aktien erfolgte durch die Bürger selbst oder durch private Investmentfonds, denen sie ihre Kuponanteile übertrugen. Einige hundert Privatisierungs- und Investmentfonds bzw. sie verwaltende Investitionsgesellschaften wurden gegründet, um die Investitionspunkte zu investieren, die sie im Namen der individuellen Teilnehmer erworben hatten. Manche dieser Fonds, insbesondere der wichtigste von ihnen, wurden von Großbanken gegründet. Das Hauptargument für die Kuponprivatisierung war ihre abzusehende Schnelligkeit. Viele, vor allem ausländische, Ökonomen hatten sie aber infrage gestellt. An der ersten Runde der Kuponprivatisierung nahmen 8,54 Millionen Einwohner der Tschechoslowakei teil, die die Bedingungen der Registrierung erfüllten – die Beteiligung war damit fast doppelt so hoch wie erwartet.¹⁸ Die zweite Runde der Kuponprivatisierung fand ab Oktober 1993 statt, dann nur in der Tschechischen Republik. In der Slowakei wurde die Privatisierung zwischen 1994 und 1998 in anderer Weise – vor allem über Direktverkäufe der Unternehmen – weitergeführt.

Tabelle 4 **Kuponprivatisierung**

Angaben	1. Welle	2. Welle
Registrierung DIK (Teilnehmer)	11/1991-2/1992	10-12/1993
Anfang	2-4/1992	12/1993-3/1994
Runden	5-12/1992	4-12/1994
Zahl der Runden	5	6
Offizielles Ende	31.1.1993	31.12.1994
Zahl der Investoren	8,540 mil. (ČR: 5, 950 mil.)	6,160 mil.
Zahl der Fonds	429	349
% Punkte in die Fonds	71,9	63,5
Zahl der angebotenen Gesellschaften	1 491 (988 v ČR)	861
Vermögen der angebotenen Gesellschaften	299,39 Mrd. Kč (212,49 v ČR)	155 Mrd. Kč
Vermögen je Investor	35 057 Kč	25 162 Kč

¹⁸ Dahinter steckte die sehr geschickte Werbung von einigen Privatisierungs- und Investmentfonds – berühmt wurden die sogenannten Harvardfonds mit Viktor Kožený an der Spitze.

Quelle: LIBOR ŽÍDEK: Transformace české ekonomiky. 1989-2004. Praha 2006, S. 174.

Die Kuponprivatisierung sollte dabei eine „Schule des kapitalistischen Benehmens“ sein und einen Zugang zu Eigentum aufzeigen, das mit Verantwortung verbunden ist. Sie war aber in großem Maße politisch gewollt und viele Kritiker haben immer wieder auf die Schwachstellen hingewiesen, vor allem im rechtlichen Rahmen. Auch die ethische Dimension der Transformation wurde bei den primär ökonomisch orientierten Reformen zu wenig beachtet.¹⁹

Weitere Schritte in Tschechien

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung vollzog sich in vier Etappen.²⁰ Die erste – weitgehend tschechoslowakische – Etappe (1990-1993) war, wie in allen postkommunistischen Ökonomien, durch den drastischen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts gekennzeichnet. Es folgte eine Etappe der fortschreitenden Erneuerung des Kapitalstocks, was sich in einem deutlichen Wirtschaftswachstum niederschlug (1994-1996). Die soziale Lage besserte sich allmählich mit der ökonomischen Entwicklung, wobei aber erst 1998 das Reallohniveau des Jahres 1990 wieder erreicht wurde. Nach einer weiteren Rezession (1997-1999) mündete die vierte Etappe (2000-2002) in eine erneute Phase des Wirtschaftswachstums.

Ein unbekannter Autor schrieb unmittelbar nach der Veröffentlichung der ersten Transformationsgesetze: „In der Tschechischen Republik haben wir zu viel Politiker, aber zu wenig Staatsmänner; wir haben zu viele Ökonomen, aber zu wenig Volkswirte“²¹. Ob es stimmt, weiß ich nicht. Aber die ganze Epoche der Transformationen war eine einmalige Epoche, über die noch viele Generationen forschen werden. Vielleicht wird man viele Zusammenhänge schärfer sehen als wir heute. Eine Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts mit dem Akzent auf „Transformation“ – inklusive einer Beschreibung aller Ursachen wie auch der schwierigen Momente – verlangt einen spezifischen Zugang.

¹⁹ KRISTINA LARISCHOVÁ: Mythos oder Misere? Das tschechische Modell der Transformation. In: Internationale Politik, 1998, 6, 8.14.

²⁰ DIETER SEGERT: Wirtschaft in der Transformation, Kapitel „Wirtschaftlicher Umbau“. In: Informationen zur politischen Bildung. Bonn 2002. Näher dazu: http://www.bpb.de/publikationen/9N78Z7,0,Wirtschaft_in_der_Transformation.html.

²¹ OLDŘICH KRÁLÍK: Transformace české (československé) ekonomiky. Brno 1999, S. 3.